Europäisches Gemeinwohl – einige wenige Vorbemerkungen¹

1. Zur inhaltlichen Dimension

Jeder neuere Diskurs über das Gemeinwohl beginnt mit dem Hinweis, dass der Begriff irgendwie altmodisch, antiquiert, von Gestern ist und nicht mehr in die heutige Zeit passt. Dann wird allerdings angemerkt, dass von ihm eine gewisse Faszination ausgeht, dass er in der Vergangenheit immer wieder eine Renaissance erlebt hat und auch das

1 Die folgenden Anmerkungen stützen sich im Wesentlichen auf folgende Veröffentlichungen. Auf genaue Hinweise wird verzichtet: Bartnik, Czeslaw Stanislaw, Gemeinwohl Europas: Definition, Consensus, Durchsetzung, in: Peter Koslowski (Hg.), Europa imaginieren. Der europäische Binnenmarkt als kulturelle und wirtschaftliche Aufgabe, Berlin u.a. 1992, S. 148 ff.; Brugger, Winfried, Gemeinwohl als Ziel von Staat und Recht an der Jahrtausendwende. Das Beispiel der Europäischen Gemeinschaft, in: Peter-Christian Müller-Graf, H Roth (Hg.), Recht und Rechtswissenschaft. Signaturen und Herausforderungen zum Jahrtausendbeginn. Heidelberg 2000, S. 15 ff.; Calliess, Christian, Gemeinwohl in der Europäischen Union – Über den Staaten- und Verfassungsverbund zum Gemeinwohlverbund, in: Winfried Brugger u.a. (Hg.), Gemeinwohl in Deutschland, Europa und der Welt, Baden-Baden 2002, S. 175 ff.; Häberle, Peter, „Gemeinwohl“ und „Gemeinsinn“ im national-verfassungsstaatlichen und europarechtlichen Kontext, in: Herfried Münkler, Karsten Fischer (Hg.), Gemeinwohl und Gemeinsinn im Recht. Konkretisierung und Realisierung öffentlicher Interessen, Berlin 2002, S. 99 ff.; Häberle, Peter, Gibt es ein europäisches Gemeinwohl? – eine Problemskizze, in: H J Cremer u.a. (Hg.), Tradition und Weltoffenheit des Rechts. Festschrift für Helmut Steinberger 2002, S. 1153 ff.; Hellmann, Kai-Uwe, Gemeinwohl und Systemvertrauen. Vorschläge zur Modernisierung alteuropäischer Begriffe, in: Münkler, Herfried, Karsten Fischer (Hg.), Gemeinwohl und Gemeinsinn. Rhetoriken und Perspektiven sozial-moralischer Orientierung, Bd. 2, Berlin 2002, S. 77 ff.; Münkler, Herfried, Karsten Fischer, Einleitung: Gemeinwohl-Konkretisierungen und Gemeinsinn-Erwartungen im Recht, in: Münkler, Herfried, Karsten Fischer (Hg.), Gemeinwohl und Gemeinsinn im Recht. Konkretisierung und Realisierung öffentlicher Interessen, Bd. 3, Berlin 2002, S. 9 ff.; Münkler, Herfried, Harald Bluhm, Einleitung: Gemeinwohl und Gemeinsinn zwischen Normativität und Faktizität, in: Münkler, Herfried, Harald Bluhm (Hg.), Gemeinwohl und Gemeinsinn. Zwischen Normativität und Faktizität, Bd. 4, Berlin 2002, S. 9 ff.; Portinaro, Pier Paolo, Über die Rehabilitierung des Gemeinwohldiskurses. Pro und Contra, in: Münkler, Herfried, Harald Bluhm (Hg.), Gemeinwohl und Gemeinsinn. Zwischen Normativität und Faktizität, Bd. 4, Berlin 2002, S. 305 ff.; Schmalz-Bruns, Rainer, Gemeinwohl und Gemeinsinn im Übergang?, in: Münkler, Herfried, Harald Bluhm (Hg.), Gemeinwohl und Gemeinsinn. Zwischen Normativität und Faktizität, Bd. 4, Berlin 2002, S. 241 ff.; Schuppert, Gunnar Folke, Annäherung an den Gemeinwohlbegriff, in: Schuppert, Gunnar Folke, Friedhelm Naschold (Hg.), Gemeinwohl – auf der Suche nach Substanz, Berlin 2002, S. 19 ff.; Uerpmann, Robert, Das öffentliche Interesse: seine Bedeutung als Tatbestandsmerkmal und als dogmatischer Begriff, Tübingen 1999; Peter Häberle, Die Gemeinwohlproblematik in rechtswissenschaftlicher Sicht, in: Rechtstheorie 14 (1983), S. 257 ff.

gegenwärtige Nachdenken über ihn durchaus Sinn macht. Anschließend wird darauf hingewiesen, dass es eine materiell-essentialistische Bestimmung von Gemeinwohl heute nicht mehr geben kann. In traditionellen Gesellschaften mag ein substantielles a priori Verständnis von Gemeinwohl bedeutsam gewesen sein. In freiheitlich pluralen Demokratien hat ein final definiertes, wahrheitsbeanspruchendes Gemeinwohlverständnis keinen Platz mehr. Hier bringen Gruppen und Individuen ihre Gemeinwohlvorstellungen ebenso wie ihre spezifischen Eigeninteressen zur Geltung und es bleibt dem rechtstaatlich verfassten, demokratisch legitimierten Entscheidungsprozess überlassen, diese zu koordinieren und zu realisieren. Mehrheit und Einfluss treten an die Stelle von Wahrheit, die Rationalität und die Legitimität von Institutionen an die Stelle von Moral und Ethik von Menschen. Der Weg ist das Ziel. Ein solches prozessual-institutionalistisches Verständnis bedeutet, dass die Organisation der Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse, die Formen der Partizipation, der Konfliktregelung und die Konsensmechanismen in den Vordergrund treten, dass das Gemeinwohl a posteriori bestimmt wird und dass seine Inhalte revidiert werden können. Natürlich braucht auch und gerade ein freiheitlich-demokratisches Gebilde Gemeinwohl, Verantwortung und Leitbilder, um Gemeinwohl durchsetzen zu können.

Jeder neuere Diskurs über Gemeinwohl beginnt zudem damit, dass eine grundsätzliche Skepsis geäußert wird. Gemeinwohl steht erst einmal unter Ideologieverdacht. Gemeinwohlrhetorik ist demnach ein häufig genutztes Mittel, um im Interessenkonflikt die eigene Position zu legitimieren. Diesem Ideologieverdacht kann nur dadurch begegnet werden, dass sein Inhalt einerseits offen bestimmt wird, dass es dynamisch gesellschaftlichen Veränderungen angepasst wird, dass es andererseits aber nicht in vager Unbestimmtheit völlig willkürlich interpretiert werden kann. Dazu muss es politikfeld-, institutionen- und periodenbezogen genauer bestimmt werden. Hier kann es weder darum gehen, Gemeinwohl als theoretische Kategorie als zu diffus und unpräzise abzuqualifizieren, noch als vieldeutige, normativ überfrachtete Leerformel im politischen Diskurs zu verdammen. Gemeinwohlssemantik sollte so verstanden werden, dass nach konkreten Inhalten in konkreten politischen Konstellationen gefragt wird. Es geht in Folgendem also um die funktionale Operationalisierung des Begriffs.

In den europäischen Richtlinien und Verordnungen, Mitteilungen und Stellungnahmen, Entschlüssen und Gerichtsurteilen, Grün- und Weissbüchern finden sich eine Vielzahl von Gemeinwohlatbeständen. Insbesondere in den letzten Jahren werden sie mit erheblicher Dynamik in das Europarecht eingebaut – in die Sozial- und Gesundheitspolitik, in den Verbraucher- und Umweltschutz oder in die Regional- und Kohäsionspolitik. Immer häufiger tauchen Begriffe bzw. Formulierungen auf wie ‚Wohlfahrt‘ und ‚Fortschritt‘, ‚allgemeine Gesundheit‘ und ‚allgemeines Wohlergehen‘, ‚gemeinschaftliches Interesse‘ und ‚gemeinsame Ziele‘, ‚Solidarität‘ und ‚Gemeinschaftssinn‘,

„gemeinsame Erfordernisse des Umweltschutzes“, „gemeinsame Werte“ usw. Die Gemeinwohltatbestände sollen hier im europäischen Umfeld verortet werden, nicht nur als juristische Kategorien im Rahmen der Gesetzesexegese, sondern als politische Kategorien im Rahmen der praktischen Integrationsprozesse.

2. Zur zeitlichen Dimension

Als Gründe dafür, dass sich die Diskussion um das Gemeinwohl seit einigen Jahren wieder einmal belebt, können folgende angeführt werden:

- Das Gemeinwohl stellt ein Gegengewicht gegen die fortschreitende Individualisierung und Fragmentierung einer postindustriellen Gesellschaft dar. Es ist das Bindemittel einer Zivilgesellschaft, die in einzelne Individuen und Gruppen mit ihren spezifischen Sonderinteressen zu zerfallen droht. Wo die sozialstaatlich institutionalisierte Solidarität ausgehöhlt wird, muss eine zivile Solidarität aktiviert werden.
- Die liberale Renaissance des letzten Vierteljahrhunderts führt zu Entwicklungen, die selbst von den Initiatoren dieser Liberalisierung teilweise so nicht gewollt sind. Die Steigerung der Allokationseffizienz, die man mit Liberalisierung, Privatisierung und Kommerzialisierung erreichen will, soll deswegen letztlich doch nur bedingt auf Kosten von Verteilungsgerechtigkeit, Verbraucherschutz oder sozialer Sicherheit gehen; sie sollen weiterhin staatlich gewährleistet werden. Dennoch muss aber auch das sozialstaatlich verfasste Gemeinwohl neu überdacht werden, muss die positive, direkte Staatlichkeit zumindest tendenziell in eine normative, indirekte überführt werden und verlangt eine Neudefinition des Gemeinwohls.
- Der nationale Staat, der in der modernen Industriegesellschaft das Gemeinwohl vertreten, interpretiert und durchgesetzt hat, verliert dieses Monopol auch deshalb, weil er immer mehr entgrenzt wird. Bestimmte Aufgaben und mit ihnen die darin enthaltenen Gemeinwohlbelange werden auf die Ebene der Europäischen Gemeinschaft übertragen, um deren adäquate Wahrnehmung und Realisierung zu gewährleisten. Insofern steht die Gemeinschaft heute nicht mehr nur für eine Öffnung der Märkte, sondern auch für deren Zivilisierung.
- Seit dem Ende der großen ordnungspolitischen Dichotomie zwischen Kapitalismus und Sozialismus, die die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts geprägt hat, und der beschleunigten Internationalisierung bzw. Globalisierung stehen nicht mehr nur Wirtschafts-, sondern Gesellschaftssysteme in Konkurrenz miteinander. In einer solchermaßen globalisierten Welt mit entterritorialisierten Gesellschaften versucht die Europäische Gemeinschaft ihre Identität auch im Hinblick auf Gemeinwohlverpflichtungen zu finden.

- Das Binnenmarktprojekt ist der letzte große Versuch, über einen ökonomischen Integrationsschub den wirtschaftlichen Wohlstand der europäischen Bürger zu steigern und auf diese Weise Akzeptanz für die Integration zu bekommen. Gleichzeitig wird immer deutlicher, dass das ‚Wirtschaftliche‘ dazu nicht mehr ausreicht – der ökonomistische Mehrwert einfach zu eng ist –, so dass das ‚Soziale‘ und damit Gemeinwohl an seine Seite treten muss.
- Schließlich ist die Gemeinwohldiskussion auch im Hinblick auf die neuen Mitgliedstaaten der EU forciert worden. Es soll ihnen klargemacht werden, dass die westeuropäischen Gesellschaften einen gemeinsamen Gemeinwohllkanon besitzen, den sie als Beitrittsstaaten zu akzeptieren haben. Damit wird bewusst eine Gegenposition zur Weltbank und zum IWF aufgebaut, die mit radikalen Konzepten den osteuropäischen Staaten eine extremliberale Schocktherapie verordnet haben.

Es ist kaum möglich, einen präzisen Zeitpunkt festzumachen, von dem ab die gemeinsamen Interessen der Mitgliedstaaten immer stärkere Wirkungen auf die Bürger ausüben und in ein Europäisches Gemeinwohl umschlagen. ‚Maastricht‘ am Anfang der 1990er Jahre könnte allerdings ein Datum sein, mit dem man den Beginn eines Prozesses identifizieren kann, der zu einer immer ausladenderen Gemeinwohrrhetorik und Gemeinwohlgesetzgebung führte. Das bedeutet nicht, dass es nicht seit Beginn der EWG Gemeinwohlvorstellungen gab, die über die sehr allgemeinen Formeln wie Freiheit, Friede oder Wohlstand hinausgingen und präzisere Gemeinwohllkonzepte beinhalteten.

3. Zur räumlichen Dimension

Die räumliche Dimension spielt eine wesentliche Rolle bei der Identifikation von Gemeinwohl. Gemeint ist die tatsächliche Größe von Räumen und damit von gesellschaftlichen Bezugsgruppen: Gemeinde, Region, Staat, Europa. Lokale, regionale oder nationale Unterschiede im Hinblick auf Kultur und Sitte, Moral und Ethik, aber auch Wohlstand und Kaufkraft, selbst Klima und Geografie prägen Vorstellungen über das Gemeinwohl. Dabei wird die Identifikation mit dem und damit der Konsens über das, was als Gemeinwohl gelten soll, mit zunehmender Größe schwieriger. Es stellt sich die Frage, ob es so etwas wie ein Europäisches Gemeinwohl geben kann und wenn ja, wie es sich zum lokalen, regionalen und nationalen Gemeinwohl verhält. Stellt das Europäische Gemeinwohl lediglich die Summe dieser unterschiedlichen Gemeinwohle dar? Werden die lokalen, regionalen oder nationalen Gemeinwohle „europäisiert“? Entwickelt das Europäische Gemeinwohl eine ganz eigene europäische Dimension jenseits der lokalen, regionalen und nationalen Interpretation? Immer deutlicher wird jedenfalls,

dass Gemeinwohl in Europa nicht mehr primär nationalstaatsbezogen oder gar etatistisch begriffen werden kann.

Am Anfang der Moderne diente der Rückgriff auf das Gemeinwohl der Konstruktion territorialer, später nationalstaatlicher Ökonomie und Politik. Es scheint, als ob dies im erweiterten europäischen Kontext heute wieder der Fall ist. Der immer häufigere Bezug der europäischen Institutionen auf ein europäisches Gesellschaftsmodell, auf gemeinsame europäische Werte oder auf eine europäische Unionsbürgerschaft ist mit gemeinwohlbezogenen Konnotationen verbunden. Damit soll zum einen für Akzeptanz des Integrationsprojekts nach innen geworben werden, zum anderen soll sich Europa nach außen als territorial-gesellschaftliche Einheit in einer globalisierten Welt darstellen.

Ob oder wie sich ein Europäisches Gemeinwohl entwickelt, hängt wesentlich davon ab, welche Rolle das Subsidiaritätsprinzip spielt. Schon im 19. Jahrhundert prägte sich die Nationalisierung des Gemeinwohls je nach der inneren Verfassung der Staaten unterschiedlich aus. Die Konzepte eines räumlich gestuften Gemeinwohls, die damals propagiert wurden, haben eigentlich nichts an Aktualität verloren. Auch heute wird es wesentlich darauf ankommen, in welchem Ausmaße Kommunen, Regionen und Staaten bereit sind, Gemeinwohlkompetenzen an die europäische Ebene abzugeben, inwieweit die Gemeinwohlperspektive räumlich erweitert werden kann. Wie der nationalstaatliche Gemeinwohlverbund wird auch der europäische durch ein Spannungsverhältnis von Solidarität und Subsidiarität gekennzeichnet. Die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten ist von konstitutiver Bedeutung für die Herausbildung eines europäischen Gemeinwohls; sie ist quasi das Verbindungsglied zwischen nationalem und europäischem Gemeinwohl. Welche Gestalt der europäische Gemeinwohlverbund annimmt, hängt wesentlich davon ab, wie sich Subsidiaritäts- und Solidaritätsprinzip zueinander verhalten werden. Letztlich muss die Europäische Union das Verhältnis zwischen Einheit und Vielfalt wahren, wie es in der Preamble des Verfassungsentwurfs hervorgehoben wird.

Die Prinzipien der Subsidiarität und Solidarität sind wiederum eng mit dem Gedanken des institutionellen Wettbewerbs zwischen Räumen mit unterschiedlichen Jurisdiktionen verbunden. Die Frage, inwieweit sich Regulierungswettbewerb insbesondere zwischen Staaten mit einer harmonisierten Marktverfassung, wie sie im EG-Vertrag festgelegt wird, überhaupt vereinbaren lässt, ist durchaus offen. Wenn er mit ihr vereinbar sein sollte, hat das unmittelbare Auswirkungen auf die Herausbildung eines Europäischen Gemeinwohls. Je weiter es präzisiert wird, umso enger werden die Spielräume regulativer Konkurrenz zumindest bei Kollektivgütern wie Gesundheitsschutz, Arbeitssicherheit oder öffentlichen Dienstleistungen sein. Schlussendlich würde es zur umfassenden Harmonisierung kommen.

4. Zur institutionellen Dimension

Mit dem prozessual-institutionalistischen Verständnis von Gemeinwohl wird die ganze Komplexität der Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse im europäischen Mehrebenensystem problematisiert. Das Europarecht gibt zwar Hinweise in Bezug auf die Inhalte des Gemeinwohls, mehr aber auch nicht. Auf jedem Politikfeld treffen die unterschiedlichen nationalstaatlichen und gruppenspezifischen Interessen und Gemeinwohlvorstellungen aufeinander. Auf jedem Politikfeld beziehen die europäischen Institutionen ihre Positionen. Kommission und Parlament vertreten bei der Präzisierung von Gemeinwohlverpflichtungen durchaus unterschiedliche Auffassungen, spielen sich nicht selten aber auch die Bälle zu. Beim Gerichtshof wird von einer eigenen „Gemeinwohlsjudikatur“ gesprochen. Teilweise entsteht der Eindruck, als wollen Kommission und Parlament mit ihren Gemeinwohloffensiven die semantische Deutungskompetenz für sich beanspruchen. Man könnte die Frage stellen, ob eine Zuständigkeitskonkurrenz zwischen legislativen, exekutiven und judikativen Organen besteht.

Davor müsste allerdings geklärt werden, ob es institutionenspezifische Gemeinwohlkonzepte überhaupt gibt. Falls man dies grundsätzlich bejaht, wird es nicht leicht sein, diese zu identifizieren und ihre Entwicklung auch noch im Zeitablauf zu analysieren, stehen hinter der Gemeinwohrrhetorik doch fast immer die Eigeninteressen dieser Institutionen, die mit dem Rückgriff auf das Gemeinwohl versuchen, ihre Anliegen besser legitimieren und durchsetzen zu können. Es ginge aber weitgehend an der Sache vorbei, wollte man den häufigen Bezug auf das Gemeinwohl auf eine strategische Instrumentalisierung dieses Begriffs reduzieren. Dennoch muss die Frage gestellt werden, inwieweit man im europäischen Kontext von einer offenen Pluralisierung und differenzierten Prozeduralisierung des Gemeinwohls sprechen kann.

Gemeinwohrrhetorik im Sinne einer Selbstverpflichtung auf das Gemeinwohl war in der Vergangenheit ein öffentlichkeitswirksames Mittel, mit dem sich politische Gemeinschaften ihrer selbst versicherten und Herrschende ihren Machtanspruch legitimierten. Das Gemeinwohl wurde in der frühen Neuzeit in dem Sinne verstaatlicht, dass von nun an die neuen Souveräne das Definitionsmonopol beanspruchten. Gleichzeitig konnte sich der Policey-Staat immer weniger nur auf die Deutungskompetenz des Fürsten verlassen, sondern musste im Zuge der Verdichtung von Herrschaft einen Verwaltungsapparat aufbauen, der das Gemeinwohl interpretierte und implementierte. Überträgt man diese Entwicklung moderner Staatlichkeit auf die heutige Zeit, stellt die expandierende Nutzung des Gemeinwohls bei den europäischen Institutionen vielleicht ein weiteres Element dar, das auf den Aufbau einer eigenen gemeinschaftlichen Staatlichkeit hindeutet. Die Genese des neuzeitlichen Staates zeigt jedenfalls, wie wichtig es ist, bei der Analyse von Gemeinwohl Semantiken und Praktiken miteinander zu verbinden. Der

Kampf um Begriffe und Inhalte war immer auch ein Kampf um politische Macht. Das gilt letztlich auch für die Europäische Union. Die zunehmende Gemeinwohlorientierung europäischer Diskurse, europäischer Rechtsetzung und europäischer Rechtsprechung bedeutet insofern eine Politisierung der Gemeinschaft.

5. Zur disziplinären Dimension

Es geht hier nicht um die philosophische, sondern um die sozialwissenschaftliche Betrachtung des Gemeinwohls. Es sollen die faktischen Voraussetzungen für die Herausbildung eines Europäischen Gemeinwohls, die realen Durchsetzungsmöglichkeiten, aber auch die normativen Leitbilder periodenspezifisch bzw. zeitdiagnostisch miteinander verklammert werden. In diesem Sinne macht die Verbindung von sozioökonomischen, politischen, rechtlichen und historischen Dimensionen die Attraktivität der Gemeinwohlnormativität und Gemeinwohlfaktizität aus – m.a.W. die Verklammerung der so genannten Integrationswissenschaften. Der Diskurs über das Gemeinwohl im Allgemeinen wird seit jeher geführt und umfasst ganze Bibliotheken. Über das ‚Europäische Gemeinwohl‘ im Besonderen im Rahmen des EWG-, EG- bzw. EU-geführten Integrationsprozesses gibt es dagegen erstaunlich wenig Literatur. Die Diskussion darüber läuft eigentlich jetzt erst an.

Dass die Rechtswissenschaft als erste der Integrationswissenschaften das Thema aufgegriffen hat, mag daran liegen, dass sich Gemeinwohltatbestände in allen Rechtsgebieten finden – im Verfassungs- oder Verwaltungsrecht ebenso wie im Arbeits- oder Strafrecht. Auch in den unterschiedlichen Staatsfunktionen ist es präsent. Auf den verschiedenen Ebenen der Normenhierarchie und in den verschiedenen Rechtsgebieten findet sich das Gemeinwohl als Rechtsprinzip, Rechtssatz und Rechtstopos. Es gehört zur alltäglichen Rechtssetzung und Rechtsprechung. Dies war eigentlich schon immer so und es scheint nahe zu liegen, Gemeinwohlkonzepte des innerverfassungsstaatlichen Diskurses auf die europäische Ebene zu übertragen – so nahe liegt dies allerdings auch wieder nicht, denn sonst hätten sich mehr Juristen an der Diskussion um ein Europäisches Gemeinwohl beteiligt. Die Tatsache, dass sich zumindest einige mit ihm beschäftigen, mag auch darauf zurückzuführen sein, dass die EU eine Rechtsgemeinschaft ist und sich Gemeinwohltatbestände unmittelbar aus dem Europarecht ableiten lassen, dass eine Europäisierung des nationalen Rechts, insbesondere auch des Verfassungsrechts, stattfindet und damit gleichzeitig eine Europäisierung des innerstaatlichen Gemeinwohls. Eine der zentralen Fragen für Rechtswissenschaftler ist daher, wie weit man sich vom Europarecht entfernen darf, um europäische Gemeinwohlverpflichtungen zu erfassen.

Demgegenüber tut sich die Politikwissenschaft noch schwerer mit dem Gemeinwohl. Das ist zu einem darauf zurück zu führen, dass die normativ-ontologische Ausrichtung, die die Politikwissenschaft als politische Philosophie versteht und sich auch mit den letzten Zielen und übergeordneten Normen von Politik beschäftigt, an Bedeutung verloren hat. Die historische Dimension und die ideengeschichtliche Perspektive ist innerhalb dieser Wissenschaft immer mehr in den Hintergrund getreten. Die empirisch-analytische Ausrichtung als die heute dominierende versucht dagegen als Ergebnis empirischer Untersuchung die Gesetzmäßigkeiten gesellschaftlicher Systeme zu erfassen. Überlegungen zum Sinn, zu den Normen und letzten Zielen gesellschaftlicher Wirklichkeit werden eher kritisch beurteilt. Die Europäische Union wird denn auch vornehmlich als komplexes Entscheidungs- bzw. Mehrebenensystem und weniger als Wertegemeinschaft verstanden. Es geht darum, die Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse vor dem Hintergrund institutionalistischer, pluralistischer, behavioristischer, systemtheoretischer oder korporatistischer Ansätze zu analysieren. Mit einer normativ so aufgeladenen Kategorie wie Gemeinwohl kann man wenig anfangen. Sie steht von vornherein unter Ideologiekritik und wird verdächtigt, letztlich nur Individual- und Gruppeninteressen zu verbergen, die prozessual-institutionell erfasst werden müssen.

Ähnlich kritisch beurteilt die Wirtschaftswissenschaft Gemeinwohlbestände. Der liberale, insbesondere neoklassische Mainstream hat sich seit vielen Jahrzehnten aus dieser Debatte verabschiedet. Eine Wissenschaft, die auf dem methodologischen Individualismus aufbaut, d.h. alle gesellschaftlichen Zusammenhänge letztlich auf den rationalen Egoismus des einzelnen Subjekts zurückführt, ist kaum daran interessiert, sich mit dem gemeinschaftlichen Verantwortungsgefühl von Menschen zu beschäftigen, zumal ihrer Meinung nach wettbewerbliche Märkte die individuelle Nutzenmaximierung automatisch zur höchsten Allokationseffizienz führen und damit zugleich zur höchsten Wohlfahrt. Gemeinwohl muss im Paradigma des methodologischen Individualismus als Summe der einzelnen Nutzenmaxima konstruiert werden, soll es nicht ideologisch oder totalitär missbraucht werden. Es ergibt sich aus dem Konsens der Betroffenen, verliert dann aber seine inhaltlich-konkrete Bestimmtheit. Natürlich kennt auch die neoklassische Theorie Gemeinschaftsgüter, die allerdings nicht aus Gemeinsinn, sondern aus Marktversagen abgeleitet werden. Eine Wissenschaft, deren Anspruch es grundsätzlich ist, raum-zeitlose Aussagen zu treffen, ist generell wenig am Gemeinwohl interessiert und noch weniger an einem spezifisch europäischen. Gemeinwirtschafts- und Genossenschaftstheoretiker sind wie Wirtschaftsethiker sicherlich anderer Meinung, spielen im Rahmen der gesamten Ökonomik aber kaum eine Rolle. Die Neue Institutionenökonomik versucht sich zwar vorsichtig Gemeinwohlkonzepten zu öffnen, ob dies allerdings gelingt, bleibt abzuwarten.

Was schließlich die Geschichtswissenschaft anbelangt, so werden die Historiker, die sich mit den Epochen bis zur Frühen Neuzeit beschäftigen, zwar permanent mit dem ‚bonum commune‘ und dem ‚gemeinen Nutzen‘ konfrontiert und haben sich auch intensiv damit auseinandergesetzt. Mit dem Übergang zu liberalen, bürgerlichen Gesellschaft autonomer Eigentümer des 19. Jahrhundert verschwindet das Gemeinwohl als eigenständiges Untersuchungsobjekt bzw. taucht allenfalls in ideen- bzw. dogemengeschichtlichen Rückblicken auf. Natürlich beschäftigt sich jede Untersuchung zur Entwicklung der Sozialversicherungs-, Vorsorge-, Gesundheits- oder Arbeitsschutzpolitik seit dem 19. Jahrhundert implizit mit gemeinwohlrelevanten Tatbeständen und auch explizit findet das Gemeinwohl vereinzelt Beachtung – z.B. in Analysen zur Sozialstaatlichkeit der Weimarer Republik oder zu seiner missbräuchlichen Verwendung im Nationalsozialismus. Letztlich spielt es als historische Kategorie für die zeitgeschichtliche Forschung aber kaum eine Rolle. Das gilt für die nationalstaatliche Ebene, erst recht aber für die europäische. So wenig die europäische Sozial-, Gesundheits- oder Arbeitsschutzpolitik geschichtlich aufgearbeitet worden ist, so wenig hat sich die historische Forschung mit Ansätzen eines eigenständigen europäischen Gemeinwohlverständnisses beschäftigt.

Insgesamt wird man somit feststellen können, dass sich alle Integrationswissenschaften mit dem Gemeinwohl schwer tun. Das gilt für die innerstaatliche, erst recht aber für die europäische Ebene. Innerstaatlich haben sich Gemeinwohlkonzepte in einem komplexen gesellschaftlichen Prozess über Generationen hinweg entwickelt. Sie können nicht einfach auf Europa übertragen werden – auf ein Europa zudem, das in seiner Finalität noch weitgehend offen ist. Es wird vielmehr lange Zeit brauchen, bis sie europäisiert sind, bis ein Amalgam – vielleicht mit einer neuen gesamteuropäischen Qualität – entstanden ist, das von den europäischen Bürgern akzeptiert wird. Bis dahin sind die verschiedenen Wissenschaften aufgefordert, sich an der notwendigen Diskussion zu beteiligen, jede für sich, alle aber zugleich miteinander und zwar mit einer inter- und transdisziplinären Perspektive und das über die nationalen Grenzen hinweg.